



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

46/2014 14.11.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Tagung: Normung – Herausforderung für Rechtsetzung und Wirtschaft

Donnerstag, 20. November 2014, 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr, Linzer Schlossmuseum

Als Referenten erwartet werden ua der Direktor des Instituts für Föderalismus Peter Bußjäger zum Thema „Entstehungsprozesse von Normen in Österreich und Europa“ und Priv.-Doz. Konrad Lachmayer zu verfassungsrechtlichen Fragen. Es folgen Betrachtungen zur Normung aus Sicht der Verwaltungsreform, der Normungsinstitute, der freien Berufe, der Kommunen und der Wirtschaft von Wolfgang Steiner, Karl Grün, Anne Mautner Markhof, Martin Haidvogel und Christoph Schneider. Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldung unter institut@foederalismus.at.

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 76/2014

Bundesgesetz, mit dem das **Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz** geändert wird (Anpassung der nationalen Rechtslage an die RL 2003/88/EG hinsichtlich durchschnittlicher Wochenarbeitszeit, Ausnahmen von der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit, Ersatzruhe und finanzieller Abgeltung der Ersatzruhe in Sonderfällen; etappenweise Kürzung der Dienstdauer auf 25 Stunden)

BGBI II 283/2014

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit betreffend die ärztlichen Qualifikationsnachweise aus der Europäischen Union, dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (**Ärzte-/Ärztinnen-EU-Qualifikationsnachweis-Verordnung 2014 – Ärzte-/Ärztinnen-EU-VO 2014**)

BGBI II 285/2014

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Ökostrom-Einspeisetarifverordnung 2012 (ÖSET-VO 2012)** geändert wird

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 398 v 12.11.2014, 1](#)

Jahresbericht des Rechnungshofs über die Ausführung des Haushaltsplans zum **Haushaltsjahr 2013** zusammen mit den Antworten der Organe

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

22.09.2014, [V 64/2014](#)

WasserrechtsG; Unzulässigkeit eines Individualantrags auf Aufhebung einer Verordnung betreffend ein **Gewässersanierungsprogramm** infolge **zumutbaren Umwegs**

22.09.2014, [B 1269/2013](#)

NÖ GrundverkehrsG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Nichtberücksichtigung einer **Interessentenmeldung** wegen eines zu geringen Gebotes; keine Bedenken gegen die **Besetzung der Grundverkehrslandeskommision** mit Landwirten

24.09.2014, [B 223/2012](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; **VerfahrensO zur Herausgabe des Erstattungskodex**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Nichtaufnahme der Arzneispezialität Nivestim in den **grünen Bereich des Erstattungskodex** mangels Wirtschaftlichkeit; vertretbare Annahme der Wirkstoffgleichheit des Biosimilars Nivestim und des Referenzarzneimittels Neupogen

24.09.2014, [B 1020/2012 ua](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; **ArzneimittelG**; **VerfahrensO zur Herausgabe des Erstattungskodex**; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Nichtaufnahme der Arzneispezialität Osmolax in den **grünen Bereich des Erstattungskodex** mangels Wirtschaftlichkeit; keine Aufrückung von Generika durch Streichung des Referenzarzneimittels

25.09.2014, [G 23/2014](#)

VwGVG; **AVG**; Zurückweisung des Antrags eines VwG auf Aufhebung einer Bestimmung des VwGVG über den **Ausschluss der Akteneinsicht** mangels Präjudizialität angesichts des Fehlens eines Antrags auf Akteneinsicht an das VwG selbst

27.09.2014, [B 113/2014 ua](#)

Beamten-DienstrechtsG; **PensionsG**; keine Bedenken gegen die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme des „**Pensionskorridors**“ durch Beamte mit Inkrafttreten des 2. Stabilitätsg 2012 und die Erhöhung des Preises für den **Nachkauf von Schul- und Studienzeiten**; keine Verletzung des Vertrauensschutzes; Regelungen im Hinblick auf die angestrebte Konsolidierung des Staatshaushaltes und Harmonisierung der Pensionssysteme im öffentlichen Interesse gelegen; kein verfassungswidriger intensiver Eingriff in erworbene Rechtspositionen

08.10.2014, [V 53/2012](#)

Ktn GemeindeplanungsG; **Ktn RaumordnungsG**; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung der Änderung des Flächenwidmungsplanes der Landeshauptstadt Klagenfurt 1977 hinsichtlich der Umwidmung von Grundstücken von „Wiese und Brachland“ in „Bauland-gemischtes Baugebiet, Sonderwidmung gewerbliche Betriebe“; denkmögliche Anwendung des Flächenwidmungsplanes in dem bei Gericht anhängigen Amtshaftungsverfahren betreffend einen Arbeitsunfall im Jahr 2001; **Baulandwidmungen nach dem Ktn GemeindeplanungsG** für – nicht von vornherein und abstrakt betrachtet für

jegliche Bebauung ungeeignete – Grundflächen in Gefährdungslage nicht ausgeschlossen; Entscheidung über die konkrete Bebaubarkeit erst im Rahmen des jeweiligen behördlichen Bewilligungsverfahrens

09.10.2014, [V 67/2013 ua](#) (Anlassfall [B 1472/2013](#))

AusländerbeschäftigungsG; keine Gesetzeswidrigkeit der Bestimmungen über eine **Anzeigenbestätigung für Au-pair-Kräfte** in der AusländerbeschäftigungsVO; Regelungen von der gesetzlichen Ermächtigung zur Festlegung von Ausnahmen für die in Au-pair-Verhältnissen beschäftigten Personen vom Geltungsbereich des AusbeschäftigungsG gedeckt

B. Verwaltungsgerichtshof

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 18.09.2014, [W120 2006075-1](#)

TelekommunikationsG; § 25 Abs 1 TelekommunikationsG bietet aufgrund der Systematik dieser Bestimmung keine Handhabe für die Regulierungsbehörde, bloß faktischen – möglicherweise problematischen bzw rechtswidrigen – Verhaltensweisen im Wege der **Annahme einer Mangelhaftigkeit der AGB** zu begegnen, sofern die AGB weiterhin den nötigen „Mindestinhalt“ gem § 25 Abs 4 leg cit aufweisen

LVwG NÖ 04.08.2014, [LVwG-BN-14-0094](#)

WasserrechtsG; keine **willkürliche Änderung der Ablaufverhältnisse** und daher keine Übertretung des § 39 Abs 1 WasserrechtsG durch Ableitung von in Dränagen gesammelten Oberflächenwässer auf ein gepachtetes Grundstück; der durch den Pachtvertrag begründete Privatrechtstitel schließt die Annahme von „Willkür“ aus

LVwG NÖ 08.08.2014, [LVwG-AB-14-0965](#)

WasserrechtsG; **AVG**; Behauptungen einer **projektbedingten Verschlechterung der Hochwassersituation** für im Nahbereich des Projektstandorts gelegenen Liegenschaften sind grundsätzlich zulässige Einwendungen; ein „laienhafter Einblick“ in Projektunterlagen alleine genügt nicht für den **Ausschluss der Parteistellung** im Bewilligungsverfahren nach § 38 WasserrechtsG; ebenso wenig genügt der Umstand, dass der Amts-SV bei der Vorprüfung keinen Anlass gesehen hatte, den Bf zur Verhandlung zu laden

LVwG NÖ 25.08.2014, [LVwG-WU-14-0165](#)

WasserrechtsG; **VStG**; beim **Schutz des Grundwassers**, einem zentralen Aspekt der wasserrechtlichen Bestimmungen, handelt es sich um ein hoch einzuschätzendes Rechtsgut; wenn ein wasserrechtlicher Anpassungsbescheid, welcher diesen Schutz zum Ziel hat, übertreten wird, kommt ein **Absehen von der Strafe** deshalb nicht in Betracht

LVwG NÖ 23.09.2014, [LVwG-AB-13-0215](#)

GewO; **GüterbeförderungsG**; das Gewicht des Verstoßes ergibt sich bei Prüfung der **Zuverlässigkeit** aus der Bedeutung des verletzten Schutzinteresses und der Schwere seiner Verletzung; das Tatbestandsmerkmal der „**schwerwiegenden Verstöße**“ wird auch durch eine Vielzahl geringfügiger Verletzungen der im Zusammenhang mit dem betreffenden Gewerbe zu beachtenden Rechtsvorschriften erfüllt; bei Prüfung der Zuverlässigkeit im Zusammenhang mit einer Konzession im Güterverkehr ist die Anzahl der Delikte ins Verhältnis zur Anzahl der Fahrzeuge, für die eine Konzession besteht, zu setzen, insb unter Berücksichtigung des Art 6 der VO (EG) 1071/2009

LVwG Tir 10.06.2014, [LVwG-2014/14/0961-2](#)

GewO; die Einschaltung einer Internetseite ist zu wenig für eine **Übertretung nach § 368 iVm § 93 GewO iVm § 1 Abs 4 GewO**; die Verwirklichung einer **Vorbereitungshandlung** reicht für eine Wiederaufnahme der Gewerbeausübung nicht aus; durch eine Vorbereitungshandlung kann erst abgeklärt werden, ob eine Wiederaufnahme des Gewerbes sinnvoll ist

LVwG Tir 10.06.2014, [LVwG-2014/15/1196-2](#)

WasserrechtG; Antrag auf **Abänderung eines Wasserschutzgebiets**; § 34 Abs 1 letzter Satz WasserrechtsG ermöglicht die Durchbrechung der Rechtskraft des Schutzgebietsbescheids sowohl in Richtung einer Ausweitung, als auch einer Einschränkung; auf eine Einschränkung haben sowohl der Verpflichtete, als auch der Inhaber der Wasserversorgungsanlage einen Anspruch, auf eine Ausweitung nur der Inhaber der Wasserversorgungsanlage

LVwG Tir 11.06.2014, [LVwG-2014/37/0079-2](#)

Tir **FlurverfassungslandesG**; **VwGVG**; von der **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** kann gem § 24 Abs 4 VwGVG dann abgesehen werden, wenn der Sachverhalt unstrittig ist und das VwG nur aufgerufen ist, ausschließlich über **Rechtsfragen von nicht besonderer Komplexität** zu entscheiden

LVwG Wien 18.09.2014, [LVwG-WU-13-1029](#)

VwGVG; **AVG**; die **Beschwerdegründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt**, sind zu bezeichnen; bei systematischer und historischer Auslegung ist jedenfalls dann nicht von einer dementsprechenden Beschwerdebeurteilung auszugehen, wenn nicht in unmissverständlicher Art und Weise dargelegt worden ist, aufgrund welcher tatsächlichen Sachbehauptungen oder rechtlichen Ansichten von einer Rechtswidrigkeit des bekämpften Bescheids auszugehen ist; die **Anforderungen** an die in der **Beschwerdegründung** darzulegenden Sach- bzw Rechtsbehauptungen sind wegen § 27 iVm § 9 Abs 1 VwGVG **deutlich höher** als bei einer **Berufungsbeurteilung**

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[11.11.2014, Rs C-333/13, *Dano*](#)

Freizügigkeit – Unionsbürgerschaft – Gleichbehandlung – **Nicht erwerbstätige Staatsangehörige** eines Mitgliedstaats, die sich im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats aufhalten – Ausschluss dieser Personen von besonderen **beitragsunabhängigen Geldleistungen** nach der Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Richtlinie 2004/38/EG – Recht auf Aufenthalt für mehr als drei Monate – Art 7 Abs 1 Buchst b und Art 24 – Voraussetzung ausreichender Existenzmittel

[11.11.2014, Rs C-530/13, *Schmitzer*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung** in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 1 und 2 Buchst a – Art 6 Abs 1 – Diskriminierung wegen des **Alters** – Nationale Regelung, die die **Anrechnung** der vor Vollendung des 18. Lebensjahrs zurückgelegten Schulzeiten und Zeiten der Berufserfahrung bei der Festsetzung des Gehalts von der **Verlängerung der Vorrückungszeiträume** abhängig macht – Rechtfertigung – Eignung, das angestrebte Ziel zu erreichen – Möglichkeit, die Verlängerung der Vorrückungszeiträume anzufechten

[12.11.2014, Rs C-580/12 P, *Guardian Industries und Guardian Europe / Kommission*](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Markt für Flachglas im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – Preisfestsetzung – Berechnung der **Geldbuße** – Berücksichtigung unternehmensinterner Verkäufe – Angemessene Verfahrensdauer – Zulässigkeit von im Hinblick auf die mündliche Verhandlung des Gerichts **vorgelegten Schriftstücken**

[12.11.2014, Rs C-140/13, *Altmann ua*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Richtlinie 2004/39/EG – Art 54 – **Berufsgeheimnis der nationalen Finanzaufsichtsbehörden** – Informationen über eine betrügerische Wertpapierfirma, die sich im Verfahren der gerichtlichen Liquidation befindet

[12.11.2014, Rs C-656/13, *L*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Zuständigkeit in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 12 Abs

3 – **Kind unverheirateter Eltern** – Zuständigkeitsvereinbarung – Fehlen eines anderen anhängigen und im Zusammenhang stehenden Verfahrens – **Anerkennung der Zuständigkeit** – Bestreiten der Zuständigkeit eines Gerichts durch eine Partei, die dasselbe Gericht angerufen hat

[13.11.2014, Rs C-416/13, Vital Pérez](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Gleichbehandlung** in Beschäftigung und Beruf – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 21 – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 Abs 2, Art 4 Abs 1 und Art 6 Abs 1 – Diskriminierung wegen des **Alters** – Nationale Vorschrift – Voraussetzung für die Einstellung örtlicher Polizeibeamter – **Festsetzung eines Höchstalters** von 30 Jahren – Rechtfertigungsgründe

[13.11.2014, Rs C-443/13, Reindl](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Angleichung der gesundheitspolizeilichen Vorschriften – Verordnung (EG) Nr 2073/2005 – Anhang I – **Mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel** – Salmonellen in frischem Geflügelfleisch – Auf der Vertriebsstufe festgestellte Nichteinhaltung der mikrobiologischen Kriterien – Nationale Regelung, die Sanktionen für einen allein auf der Einzelhandelsstufe tätigen Lebensmittelunternehmer vorsieht – Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht – Wirksamkeit, **abschreckender Charakter und Verhältnismäßigkeit der Sanktion**

[13.11.2014, Rs C-447/13 P, Nencini / Parlament](#)

Rechtsmittel – **Mitglied des Europäischen Parlaments** – Vergütungen zur Deckung der bei der Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben entstandenen Kosten – **Rückforderung zu viel gezahlter Beträge** – Einziehung – Verjährung – Angemessene Frist

B. Schlussanträge

[11.11.2014, Rs C-472/13, Shepherd \(GA Sharpston\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Asyl – Mindestnormen für die Anerkennung und den **Status von Drittstaatsangehörigen als Flüchtlinge** und über den Inhalt des zu gewährenden **Schutzes** – Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft – Verfolgungshandlungen im Sinne von Art 9 Abs 2 Buchst e der Richtlinie 2004/83/EG – Strafverfolgung und Bestrafung eines Angehörigen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika wegen **Verweigerung des Dienstes im Irakkrieg**

[12.11.2014, Rs C-343/13, Modelo Continente Hipermercados \(GA Wathelet\)](#)

Regelung zur **Verschmelzung von Aktiengesellschaften** – Richtlinie 2011/35/EU – Verschmelzung durch Aufnahme – Übergang des gesamten Aktiv- und Passivvermögens der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft – **Ordnungswidrigkeitsrechtliche Haftung** – Nationales Recht, das den **Übergang einer solchen Haftung** von der übertragenden Gesellschaft bei einer Verschmelzung durch Aufnahme vorsieht

[13.11.2014, Rs C-546/12 P, Schröder / CPVO \(GA Sharpston\)](#)

Rechtsmittel – Gemeinschaftlicher **Sortenschutz** – Entscheidung der Beschwerdekammer in Nichtigkeitsverfahren – Ermittlung des Sachverhalts von Amts wegen – Art 76 der Verordnung (EG) Nr 2100/94

[13.11.2014, Rs C-512/13, Sopora \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Art 45 AEUV – Nationale Lohnsteuer – Erstattung des Arbeitgebers für extraterritoriale Kosten des Arbeitnehmers – **Steuerfreie Kostenpauschale** für ausländische Arbeitnehmer in Höhe von 30 % der lohnsteuerlichen Bemessungsgrundlage – Erfordernis eines **ausländischen Wohnsitzes**, der mehr als 150 Kilometer von der Staatsgrenze entfernt ist – Bevorzugung gegenüber Inländern – Benachteiligung der Angehörigen verschiedener Mitgliedstaaten untereinander

[13.11.2014, Rs C-570/13, Gruber \(GA Kokott\)](#)

Umwelt – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Bau eines Fachmarktzentrums – Bindende Wirkung einer Verwaltungsentscheidung, keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen – **Keine Beteiligung der Öffentlichkeit**

C. Gericht

[12.11.2014, Rs T-188/13, Murnauer Markenvertrieb / OHMI - Healing Herbs \(NOTFALL\)](#)

Gemeinschaftsmarke – Nichtigkeitsverfahren – Gemeinschaftswortmarke NOTFALL – **Absolute Eintragungshindernisse** – **Beschreibender Charakter** – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Art 52 Abs 1 Buchst a und Art 7 Abs 1 Buchst b und c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Gleichbehandlung

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Dr. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.